



Information der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. zum Pressehinter- grundgespräch am 28.10.2009

Bewertung der aktuellen Situation der Obdachlosigkeit in Ham- burg: Kein Grund für Entwarnung!

**Die Bedarfe des umfangreichen Winternotprogramms und die Ergebnisse der Zäh-
lung der auf der Straße lebenden Obdachlosen zeigen: Die Hilfen für die Obdachlo-
sen in Hamburg sind umfangreich, es bleiben aber viele ungelöste Probleme und
Handlungsnotwendigkeiten**

Am 1.11. 2009 beginnt wieder das Winternotprogramm, das obdachlos auf der Straße lebenden Menschen einen geschützten Schlafplatz im Winter zur Verfügung stellt. Neben 100 Schlafplätzen, die fördern & wohnen in der Unterkunft Sportallee zur Verfügung stellt, werden weitere 76 Übernachtungsplätze verteilt über das Stadtgebiet bei Kirchengemeinden, der Hochschule für angewandte Wissenschaften und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie zur Verfügung gestellt.

Die in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. (AGFW) zusammengeschlossenen Hamburger Wohlfahrtsverbände möchten anlässlich des anstehenden Winternotprogramms auf die aktuelle Situation in der Wohnungslosenhilfe hinweisen. Hamburg hat zwar ein gut ausgebautes System der Hilfen für wohnungs- und obdachlose Menschen. Die Fachstellen für Wohnungsnotfälle wurden 2005 eingeführt, die Qualität der öffentlichen Unterbringung wurde verbessert, die Wohlfahrtsverbände und Freien Träger leisten im stationären, beratenden und im niedrigschwelligen Bereich eine engagierte und kompetente Arbeit.

Es bleiben aber eine Reihe von **Problemen und Schwächen**, die einer Reduzierung der Straßenobdachlosigkeit entgegenstehen. Diese wurden unter anderem auch durch die Obdachlosenzählung 2009 bestätigt:

Situation in den Unterkünften

Das Winternotprogramm ist eine (überlebens-) wichtige Hilfe für viele Obdachlose. Allerdings könnte das Winternotprogramm weniger umfangreich ausfallen, wenn die Lebensbedingungen in den regulären Unterkünften der öffentlichen Unterbringung besser wären. Die Situation bei der Unterbringung von wohnungslosen Menschen ist seit Jahren sehr angespannt. Die Zahl der belegten Plätze in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung liegt in den vergangenen Jahren unverändert bei rund 2700 mit einem hohen Anteil an langen Aufenthalten in den Unterkünften. Nach einer aktuellen Bürgerschaftsdrucksache (19/3572) leben 40 % der Bewohner 2 Jahre und länger in derselben Unterkunft (unberücksichtigt blieben dabei Unterkunftswechsel).

In unserer Arbeit mit wohnungslosen Menschen machen wir die Erfahrung, dass die Unterkünfte überlastet sind und den Fachstellen für Wohnungsnotfälle dort für die aktuelle Vergabe nur wenige passende Plätze pro Tag zur Verfügung stehen. So kommt es immer wieder zu Wartezeiten und zu überbrückenden Aufnahmen in Notübernachtungsstätten.



Nach wie vor lehnt es eine größere Zahl von wohnungslosen Menschen vehement ab, in Unterkünfte zu gehen, und zieht es vor, draußen zu übernachten. Schlechte Erfahrungen, die konfliktreiche Unterbringung in Doppel und Mehrbettzimmern, Angst vor Übergriffen und Gewalt sind die Hauptgründe in den großen, mit mehr als 300 Personen belegten Unterkünften. Menschen jeglicher Altersstruktur und Problemlagen, alleinstehende und Familien sind gezwungen, Miteinander zurechtzukommen.

Nach der aktuellen Obdachlosenuntersuchung haben 40% der Befragten in den letzten drei Monaten vor der Befragung kein Übernachtungsangebot genutzt. Und bei den Menschen, die mehr als zehn Jahre obdachlos sind, waren es trotz der Wintermonate erschreckende 54,5 %.

Mangel an angemessenem Wohnraum und Ausgrenzung Wohnungsloser vom Wohnungsmarkt:

Der Wohnungsmarkt in Hamburg ist für Geringverdiener sehr angespannt – in besonderem Maße gilt dies für kleine preisgünstige Wohnungen. Es fehlen schlicht bezahlbare Mietwohnungen, die zur Verfügung stehen und der Bestand an preisgünstigen Wohnungen wird oftmals durch eine intensive Modernisierungspraxis weiter reduziert. Jedoch könnte mit dem Bau und Erhalt solcher Wohnungen allein die Obdachlosigkeit nicht entscheidend verringert werden. Die Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Wohnungslosen sind auf dem Wohnungsmarkt zu stark. Immer noch gibt es Vorbehalte bei Vermietern gegenüber Menschen die eine Wohnung verloren haben. Auch gesellschaftliche Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder körperliche und psychische Erkrankungen stellen ein Hemmnis bei der Wohnungsanmietung dar.

Der Wohnungsbauentwicklungsplan des Senates enthält zwar sinnvolle Maßnahmen, die einen Beitrag zur Verringerung der Wohnungslosigkeit leisten könnten, diese sind jedoch im Umfang viel zu niedrig angesetzt, um einen wirklichen Abbau zu erreichen.

Verschärfung der Langzeitobdachlosigkeit:

Die aktuelle Zählung der Obdachlosen hat ergeben, dass trotz eines deutlichen Rückgangs immer noch mehr als tausend Menschen in Hamburg ohne schützendes Dach auf der Straße leben. Mit dieser Zahl werden sich die Verbände nicht zufriedengeben, da jeder obdachloser Mensch einer zu viel ist. Auch ist noch mit einer erheblichen Dunkelziffer zu rechnen

Besonders besorgniserregend ist dabei die Entwicklung bei den Langzeitobdachlosen. Menschen, die länger als fünf Jahre auf der Straße leben, nehmen seit der ersten Untersuchung stetig zu (35,3 %). Sie sind immer länger auf der Straße, werden immer älter und ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich zunehmend. Je länger Menschen auf der Straße leben, desto weniger nehmen sie die bestehenden Hilfsangebote an. Sie haben vielfach resigniert und sich mit einem Leben auf der Straße abgefunden.

Nicht-deutsche Obdachlose

Die aktuelle Obdachlosenuntersuchung hat 252 obdachlos auf der Straße lebende Menschen gezählt, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Dies sind 48 Personen mehr, als bei der letzten Zählung 2002. Welche Staatsangehörigkeit diese Menschen haben, wie viele von ihnen bestehende Rechtsansprüche nicht realisieren oder wie viele keine Rechtsansprüche haben, war nicht Gegenstand der Untersuchung. .



Die nicht-deutschen Obdachlosen nutzen überwiegend die „Überlebenshilfen“ wie Essensangebote, mobile Hilfen, Tagesaufenthaltsstätten und das Winternotprogramm. In diesen niedrigschwelligen Einrichtungen stoßen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei oft an ihre Grenzen. Das liegt an der fehlenden Perspektive und auch an Verständigungsschwierigkeiten. Oft scheitert die Vermittlung in weitergehende Hilfen und Behandlungen an fehlenden Rechtsansprüchen. Was bleibt ist eine Notversorgung.

Handeln tut Not

Aus Sicht der Freien Wohlfahrtspflege besteht folgender Handlungsbedarf:

Verbesserte Unterkünfte:

Hier zeigt sich ein dringender Handlungsbedarf. Die Situation in den Unterkünften muss qualitativ verbessert und zusätzliche Angebote müssen geschaffen werden, da nur so Straßenobdachlosigkeit weiter reduziert werden kann. Es werden kleinere Unterkünfte mit Einzelzimmern benötigt. Nur diese bieten ein Minimum an Privatsphäre und Ruhe sowie den erforderliche Schutz vor Übergriffen. Ein Unterbringungsplatz sollte alle Voraussetzungen erfüllen, die notwendig sind um eine schnelle Reintegration in Normalwohnraum erreichen zu können. Hierzu gehört ein ungestörter Schlaf um einer Arbeit nachgehen zu können und Termine zuverlässig einhalten zu können. Ein Alkohol- und Drogenfreier Bereich nach einem stationären Entzug. Motivierende und begleitende Angebote bei schwierigen Behördenkontakten.

In der öffentlichen Unterbringung muss die rasche Vermittlung in mietrechtlich abgesicherten Wohnraum durch die Fachstellen für Wohnungsnotfälle ein vordringliches Ziel sein. Ausreichend Wohnraum und begleitende und unterstützende Hilfen nach einem Wohnungsbezug sind dafür die entscheidenden Voraussetzungen.

Die derzeitige Platzzahl in stationären Einrichtungen freier Träger (laut Studie 255) ist gerade auch angesichts der ungelösten Problematik der Langzeitobdachlosigkeit den Bedarfen keineswegs angemessen.

Spezielle Wohnangebote mit Begleitung für bestimmte Zielgruppen wie junge Obdachlose, alte und pflegebedürftige Obdachlose sowie für Langzeitobdachlose müssen neu eingerichtet und weiter ausgebaut werden. Es darf dafür keine Zugangsbarrieren und lange Wartezeiten geben.

Schaffung spezieller Wohnangebote:

Um die Langzeitobdachlosigkeit zu verringern bedarf es intensiver Anstrengungen und auch neuer konzeptioneller Ansätze. Hierzu zählen: eine intensive und qualifizierte Begleitung und Beratung einschließlich aufsuchender Hilfen. Die Möglichkeit den Betroffenen, Angebote zu machen, die unmittelbar ihre Lebenssituation verbessern, damit die Resignation und die Distanz zum Hilfesystem aufgebrochen werden kann. Eine ganz besondere Bedeutung haben hier annehmbare Unterbringungsangebote, die der Lebenssituation und den sozialen, gesundheitlichen Problemen angemessen sind. Dies bezieht sich auf die öffentliche Unterbringung und Wohnprojekte der Freien Wohlfahrtspflege.

Junge Obdachlose sowie alte und pflegebedürftige Obdachlose benötigen ebenfalls spezielle Wohnangebote mit Begleitung. Diese müssen eingerichtet und weiter ausgebaut werden. Es darf dafür keine Zugangsbarrieren und lange Wartezeiten geben.



Bereitstellung von mehr Wohnraum auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt

Die Schaffung bzw. Sicherstellung und Zugänglichkeit von Wohnraum für Wohnungslose kann verbessert werden, wenn

- wohnbegleitende soziale Hilfen ausgebaut werden
- Belegungsrechte in erheblichem Umfang zur Verfügung stünden
- die im Rahmen des Kooperationsvertrages von der Wohnungswirtschaft zugesagten Wohnungskontingente erfüllt (2008 nur zu 66%) und erweitert würden
- Wohnungsversorger geschaffen würden, die explizit und ausschließlich Benachteiligte auf dem Wohnungsmarkt, besonders Wohnungslose mit Wohnraum versorgen.
- Die SAGA / GWG wieder einen viel deutlicheren sozialen Versorgungsauftrag und die dafür nötigen finanziellen Spielräume erhält.

Ausländische Obdachlose ohne Rechtsansprüche:

Erstes Ziel der Hilfe für diesen Personenkreis ist die Abwendung extremer existentieller Notlagen durch humanitäre Überlebenshilfen. Der Zugang zu einer Basisversorgung (Essen, medizinische Grundversorgung, Notübernachtung v. a. im Winter) für diese Menschen muss gesichert sein. Gemeinsam muss überlegt werden, wie dieser besonders ausgeprägten Armutssituation fachlich sinnvoll begegnet werden kann.

Zusätzliche Beratungsangebote:

Die Sozialen Beratungsstellen sind seit längerem überlastet und können der Nachfrage nicht mehr immer gerecht werden. Der Rechtsanspruch auf Hilfe in besonderen Lebenslagen kann nicht umfassend eingelöst werden. Daher müssen zusätzliche Angebote geschaffen werden.

Kontakt:

Peter Laschinski, Vorsitzender des Fachausschuss Armut und Wohnungslosenhilfe, Telefon: 280140-80

Michael Edele, Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Telefon 23 15 86

Stephan Nagel, Referent Diakonisches Werk Hamburg, Tel. 306 20 221

Josef Lauheimer, Abteilungsleiter beim Caritasverband, Tel.: 280 140 32

...